

Bundesversammlung verschlankt sich

Delegierte der Bundeszahnärztekammer fassen zukunftsweisende Beschlüsse

Die bevorstehenden Neuwahlen und die Demografiefestigkeit des deutschen Gesundheitssystems prägten die Bundesversammlung (BV) der Bundeszahnärztekammer Mitte November in Hamburg.



© Tobias Koch/BZÄK

In Hamburg tagten die Delegierten der BZÄK-Bundesversammlung im Börsensaal der ältesten deutschen Handelskammer.

Wer hoch in Deutschlands Norden reist, mag eine frische Brise von der Nordsee erwarten. Gleich zu Beginn ihrer Versammlung aber klatschte den Delegierten eisiger Wind aus Berlin ins Gesicht: Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hatte sein angekündigtes Grußwort zur Bundesversammlung der BZÄK kurzfristig lapidar abgesagt und nicht mal eine Videobotschaft geschickt. „Da wissen wir, wo wir dran sind“, ordnete BZÄK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz den Affront ein. „Sicher hat es auch etwas für sich, wenn wir hier ohne die Plattitüden

eines Ministers arbeiten.“ Diese Arbeit war von Selbstdisziplin geprägt: So beschloss die Bundesversammlung ihre eigene Verschlinkung auf eine feste Zahl von 139 Delegierten. Bislang wurden die Sitze in der Versammlung nach der Mitgliederzahl der jeweiligen Kammer berechnet, was dazu führte, dass das Gremium zwischen 2005 und 2023 von 137 auf 170 Delegierte anwuchs; ohne diese Entscheidung wäre es perspektivisch weitergewachsen. Somit hat die Bundesversammlung Kosten für die Zahnärzteschaft dauerhaft gesenkt.

Fitness-Kur fürs Gesundheitssystem

Nachdem sich die BV ihre eigene Verschlinkung verordnet hatte, unterbreitete sie Vorschläge, damit auch das deutsche Gesundheitssystem wieder in Form kommt: Per Resolution forderten die BZÄK-Delegierten die künftige Bundesregierung auf, die Gesundheitspolitik als zentrale Aufgabe zu behandeln und das Gesundheitswesen fit für die Zukunft zu machen. Als Kernthemen identifizierte die Versammlung unter anderem die Stärkung der Freiberuflichkeit und der Selbstverwaltung. Der ambulante Sektor mit der wohnortnahen Versorgung sei zu ertüchtigen.

Eine zweite Resolution richtete sich gegen überbordende Bürokratie. Die Mitglieder der Bundesversammlung appellierten an den Verordnungsgeber, die Anforderungen für Hygiene und Medizinproduktegebrauch am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu orientieren.

Bei GOZ eigenen Weg gehen

Einstimmig forderte die BV das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) auf, den Ausverkauf der Zahnheilkunde an In-

vestoren zu stoppen. Voraussetzung für die Berechtigung zur Gründung von zahnärztlichen MVZ durch ein Krankenhaus solle sein, dass das Krankenhaus über einen zahnmedizinischen Fachbezug verfügt und sich das MVZ innerhalb des Krankenhaus-Planungsbereiches befindet. Zudem müsse ein MVZ zu mindestens 51 Prozent in Zahnarztthand liegen.

Weiter artikulierte die Versammlung das Anliegen, den seit 36 Jahren unveränderten GOZ-Punktwert sofort anzuheben und gleichzeitig eine Dynamisierung einzuführen. Die Versammlung rief die Zahnärzte auf, solange der Punktwert nicht angepasst wird, ihre Honorare im betriebswirtschaftlich erforderlichen Maß mithilfe des § 5 GOZ zu vereinbaren oder mittels des § 6 GOZ zu gestalten. Angesichts einer möglicherweise bevorstehenden Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) unterstrich Benz, dass sich die Bundeszahnärztekammer mit der Bundesärztekammer zur GOÄ zwar austausche, für die BZÄK stehe allerdings fest, dass der jetzt vorliegende GOÄ-Entwurf ohne Steigerungsfaktoren keine Blaupause für eine GOZ-Novelle sei. „Wir werden hier unseren eigenen Weg gehen“, kündigte der Kammerpräsident an. Der von Bundesärztekammer, privater Versicherungswirtschaft und Beihilfe ausgehandelte GOÄ-Entwurf sieht nur mehr eine feste und nicht mehr steigerbare Gebühr für jede Leistung vor und wird deshalb als Zwischenschritt in eine künftige Einheitsgebührenordnung (Stichwort „Bürgerversicherung“) gesehen.

BLZK-Präsident Dr. Dr. Frank Wohl bezeichnete den GOÄ-Entwurf der Bundesärztekammer deshalb als „intellektuelle Kapitulation einer Standesvertretung. Mit so einer GOÄ würde man der Freiberuflichkeit die Luft abschnüren.“

Digitalisierung nur mit Mehrwert

Auch die Digitalisierung im Gesundheitswesen stand in Hamburg auf der Agenda (wenngleich nicht so prominent wie eine Woche später bei der Vollversammlung der Bayerischen Landes Zahnärztekammer München – siehe Seite 6 ff.). Auf Antrag von Dr. Peter Scheufele, Dr. Constanze Spett, Dr. Dorothea Schmidt, Dr. Brunhilde Drew und Roman Bernreiter aus Bayern beschloss bereits die Bundesversammlung, sich bei der elektronischen Patientenakte (ePA) für das Opt-in-Verfahren einzusetzen.

Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung

Als eine der großen Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft nahm die Bundesversammlung den Arbeits- und Fachkräftemangel ins Visier. Hier verwies sie nicht allein auf die Notwendigkeit einer fairen Vergütung zahnärztlicher Leistungen zur Refinanzierung angemessener Gehälter und Lohnsteigerungen. Erforderlich sei zudem die Wertschätzung praktischer Berufe, einhergehend mit der Stärkung der dualen Berufsausbildung, sowie infrastrukturelle Maßnahmen rund um Kinderbetreuung, schulische Ausbildung, öffentlichen Nahverkehr und Breitbandausbau.

Benz: „It’s the demography, stupid.“

In seiner Ansprache warf BZÄK-Präsident Benz ein Schlaglicht auf ein weites Mega-Thema: Er münzte den Slogan von Bill Clintons Wahlkampf-Manager James Carville „It’s the economy, stupid“ um: „It’s the demography, stupid“, die uns in allergrößte Schwierigkeiten bringt. Seit Jahrzehnten gebären Frauen im Schnitt 1,43 Kinder. Demnächst gehen die Boomer in Rente.“ Benz warnte vor dem Kipppunkt des Sozial- und Gesundheitssystems in den 2030er-Jahren. Auch namhafte Ökonomen würden empfehlen, den Reset-Knopf zu drücken.

Kümmert euch um eure Zukunft!

„Deutschland braucht jetzt Aufbruch statt Abbruch, Mut statt Misstrauen und Demut

statt Dekadenz“, akzentuierte Benz. Ohne Neustart befürchte er, dass man in kurzer Zeit mit Einschränkungen des Leistungsspektrums rechnen müsse.

Für die Zahnärzte zeigte der BZÄK-Präsident aber Wege aus dieser Falle auf: Prävention und Eigenverantwortung. „Wir können über Leistungen sprechen und auch Preise benennen“, brachte es Benz auf den Punkt. „Kümmert euch um eure Zukunft!“ Bei der Prävention wolle er noch nicht im Detail auf die für März 2025 geplante Neuauflage der Deutschen Mundgesundheitsstudie vorgehen, nur so viel: „Wir sind Präventionsweltmeister!“

Goldene Zahnbürste statt roter Laterne

Zur Rolle der Bundeszahnärztekammer erklärte deren Präsident, er verstehe sie als Netzwerk in den Berufsstand hinein wie auch in die interne und externe Fachöffentlichkeit und Politik. An die Delegierten aus den Ländern gerichtet verdeutlichte Benz: „Ihr seid die Netzwerk-Knoten.“ Zu den Aufgaben des Netzwerkes BZÄK zähle auch die Arbeit im Bundesverband der Freien Berufe als drittgrößtem Arbeitgeber Deutschlands. Der Wirtschaftsgipfel von Christian Lindner Ende Oktober sei die erste Veranstaltung ihrer Art gewesen, zu der die freien Berufe ohne Bitten und Nachfragen eingeladen wurden.

Besonders am Herzen, so Benz, liege ihm der Einsatz für Belange der Zahnmedizin studierenden. Trotz aller Kämpfe, die er für die Zahnärzteschaft führe, wolle er auch

die Freude am Beruf übertragen: „Lassen Sie uns den jungen Kollegen klarmachen, dass wir sicher nicht die rote Laterne des traurigsten Berufes in Deutschland sind!“ In Hamburg zu Gast war eine Delegation des Bundesverbandes der Zahnmedizin studierenden in Deutschland. Deren Vorsitzender, Dr. Anton Hager, ehrte unter anderem Benz mit einer vergoldeten Zahnbürste symbolisch für sein Engagement für die Studierenden.

Dank für Bayerns Vorstoß gegen Bürokratie

Ein Plädoyer für den Bürokratieabbau hielt BZÄK-Vizepräsident Konstantin von Laffert. Allein die Validierung der Wischdesinfektion beleuchtete beispielhaft das Misstrauen der Politik gegenüber den Zahnärzten. Bezüglich der Medizinprodukte-Betreiberverordnung bedankte er sich auch für die Initiative aus Bayern: In der Bundesratsvorlage zu der neuen Verordnung war eine Meldepflicht für alle mit der Aufbereitung von Medizinprodukten befassten Personen vorgesehen. Das hätte die Zahnarztpraxen mit zusätzlicher Bürokratie belastet. Die Regelung konnte in letzter Minute über den Bundesrat gestoppt und die Verordnung ans Bundesgesundheitsministerium zurückgespielt werden – auch weil die Bayerische Landes Zahnärztekammer die damit befassten bayerischen Ministerien auf die Bundesratsvorlage aufmerksam gemacht und vor den Konsequenzen gewarnt hatte.

Julika Sandt

Leiterin der Stabsstelle Politik der BLZK



Ein Netzwerk für die Zukunft: Am Rande der Bundesversammlung trafen sich die bayerischen Delegierten mit den Studierendenvertretern.